

**INTERVIEW DES STAATSSSEKRETÄRS GEHLHOFF  
VOM AUSWÄRTIGEN AMT  
FÜR DIE HONGKONGER "TA KUNG PAO"**

Übersetzung von Y.H. Nieh und B. Staiger

Nachfolgend bringen wir in Übersetzung den Wortlaut eines Interviews, das Staatssekretär Gehlhoff vom Auswärtigen Amt am 12.8.1974 zwei Vertretern der in Hong Kong erscheinenden "Ta Kung Pao" gab, der wohl bedeutendsten pekingfreundlichen Tageszeitung außerhalb der VR China.

Der Chefredakteur der Zeitung, Li Hsia-wen, und der Redakteur Fei Loong befanden sich im August auf Einladung des Bundespresseamtes in der Bundesrepublik und besuchten bei dieser Gelegenheit auch das Institut für Asienkunde in Hamburg.

Dieses Interview ist das erste für die Öffentlichkeit bestimmte Interview der Bundesregierung seit dem Amtsantritt von Bundeskanzler Schmidt. Es erschien am 20.8.1974 auf der ersten Seite der "Ta Kung Pao".

Frage:

Seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen China und der Bundesrepublik Deutschland haben sich der Kulturaustausch und Handelsverkehr weiter entwickelt. Wie sind nun die Aussichten der Beziehungen zwischen den beiden Ländern?

Antwort:

Ich freue mich zu sagen, daß fast zwei Jahre seit der beiderseitigen Errichtung der Botschaften in Peking und Bonn sich die deutsch-chinesischen Beziehungen gut entwickelt haben. Besonders hinsichtlich der kulturellen und wirtschaftlichen Kontakte gibt es bedeutende Fortschritte. Unser Handel mit der VR China hat 1973 stark zugenommen, der gesamte Wert des Handels betrug jetzt bereits mehr als 1,2 Mrd. DM. Damit ist die Bundesrepublik Deutschland der viertgrößte Handelspartner Chinas geworden. Diese Tendenz wird 1974 sicher noch anhalten.

Obwohl der Zeitabstand seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen noch relativ kurz ist, obwohl die geographische Entfernung zu unseren beiden Staaten sehr groß ist, hat sich der Umfang des Kultur- und Wissenschaftsaustausches zwischen unseren Ländern bereits vergrößert. Zunächst haben einzelne Delegationen der verschiedensten Gebiete versucht, Möglichkeiten für einen beiderseitig nützlichen Austausch zu schaffen. Seit dem Herbst 1973 haben beide Staaten je 10 Stipendiaten zur Sprachausbildung nach Peking bzw. Heidelberg geschickt. Zwischen Sportlern und Künstlern gab es auch mehrmals Kontakte.

Ich habe große Zuversicht in bezug auf die Weiterentwicklung der deutsch-chinesischen Beziehungen. Ich bin überzeugt, daß die weitere Entwicklung unserer gemeinsamen Beziehungen zur Sache des Weltfriedens beitragen wird.

Frage:

Im Rahmen der vom Kanzler Willy Brandt begonnenen "Ostpolitik" hat die Bundesrepublik Deutschland Beziehungen zu einzelnen osteuropäischen Staaten aufgenommen.

Darf man annehmen, daß diese Politik abgeschlossen ist oder sind noch weitere Schritte zu erwarten?

Antwort:

Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland beruht ähnlich wie ihre Bündnispolitik auf dem Nationalinteresse, und sie ist auch eine langfristige Politik. Zwar gibt es zwischen beiden Seiten noch weiter ideologische, soziale und politische Unterschiede, aber diese langfristige Politik zielt darauf ab, die beinahe 30jährige Spaltung in Europa durch praktische Zusammenarbeit allmählich zu überwinden. Unser Ziel ist es, eine Grundlage für den nützlichen Austausch zwischen den Regierungen und den Völkern zu errichten und gleichzeitig für die Sicherheit in diesem Erdteil das politische System zu stärken. In der ersten Phase hatte die Bundesregierung mit ihrer Ostpolitik die Absicht, mit Verträgen und durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den Staaten, mit denen sie vorher noch keine Beziehungen hatte, eine Grundlage für den Übergang zu schaffen. In Zukunft müssen beide Seiten Anstrengungen für die Zusammenarbeit unternehmen, um die vorhandenen Spannungen allseitig und für immer zu beseitigen, damit nicht wieder neue Spannungen aufkommen und damit durch die Zusammenarbeit ein Gleichgewicht zwischen den beiderseitigen Interessen erreicht wird.

Selbstverständlich haben sich die Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten nicht mit dem gleichen Tempo entwickelt, und diese Beziehungen waren auch nicht ohne Schwierigkeiten. Der neuerliche Zwischenfall im Transitverkehr nach Berlin ist ein Beispiel, aber diese Schwierigkeiten zeigen auch, daß man, wenn die Durchführung der Ostpolitik notwendig ist, vorsichtig und geduldig sein muß.

Frage:

Können Sie über die Regierungserklärungen der Bundesrepublik Deutschland zur europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit hinaus noch weitere Einzelheiten zu dieser Frage geben? In einer Situation, da sich

viele westeuropäische Staaten gerade um politische Unruhen und Inflation kümmern, was für einen Erfolg können Sie sich vorstellen für den Fall, daß auf anhaltenden Wunsch der Sowjetunion eine Gipfelkonferenz zustande kommt?

Antwort:

Es gibt keinen Teilnehmerstaat der KSZE, der der Konferenz seinen Willen aufzwingen könnte, denn allen Beschlüssen muß von allen Teilnehmerstaaten zugestimmt werden. Diese Bedingung der Einstimmigkeit kann den Verlauf der Konferenz erschweren, aber sie garantiert, daß niemand gezwungen werden kann, eine Sonderregelung anzuerkennen. Daher haben die inneren Veränderungen der einzelnen Teilnehmerstaaten keine große Bedeutung für die Praxis der Konferenz.

Ich möchte nicht von den unterschiedlichen Konferenzebenen ausgehen - es ist gleich, ob es eine Gipfelkonferenz ist oder nicht -, sondern in erster Linie auf der Grundlage des konkreten Erfolges den Einfluß der Konferenz auf die europäische Lage bewerten. Das erste Ziel muß es sein, für alle befriedigende sachliche Ergebnisse zu erreichen. Ohne solche Ergebnisse haben wir keine Grundlage für eine Konferenz der letzten Phase. Wenn dieser Punkt zu erfüllen ist, dann schließe ich die Einberufung einer Gipfelkonferenz nicht aus.

Frage:

Die Sowjetunion ist dabei, ihre Seestreitkräfte mit großem Einsatz auszubauen. An einer Flanke Europas ist die Nahostfrage stets explosiv. Die strategischen Gedanken der USA und der Sowjetunion sind immer mehr zum Kernpunkt der Diskussion in der westlichen Presse geworden. Infolge der militärischen Position der sowjetischen Streitkräfte gegenüber Westeuropa glauben immer mehr Kommentatoren, daß der Schwerpunkt der amerikanisch-sowjetischen Auseinandersetzungen in Europa liegt. Bitte Ihre Meinung zu diesem Gesichtspunkt.

Antwort:

In Europa stehen sich die beiden größten Bündnisblöcke der Welt gegenüber - die NATO und der Warschauer Pakt. Das bedeutet eine höchste Konzentration der Streitkräfte und Rüstung im Bereich dieses Kontinents.

Die Bundesrepublik Deutschland und die anderen NATO-Mitgliedsstaaten wissen, daß eine solche massive Konzentration von Streitkräften und Rüstung zu einer potentiellen Gefahr geführt hat. Infolgedessen zielen sie im Rahmen der gegenwärtigen Ost-West-Verhandlungen darauf ab, dieser potentiellen Gefahr entgegenzutreten. Aber es gibt einen entscheidenden Faktor, nämlich daß die beiden Bündnisblöcke das militärische Gleichgewicht in Europa bewahren müssen. Dies ist die eigene Sicherheit der NATO-Mitgliedsstaaten und die Voraussetzung für erfolgreiche Verhandlungen mit dem Warschauer Pakt zur Förderung der Ost-West-Entspannung.

Frage:

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt stets die NATO und die EG. Aber zwischen den europäischen Staaten gibt es Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich Verteidigung, Wirtschaft, Handel und Währung. Die Haltung gegenüber

USA ist auch nicht einheitlich, die Lage innerhalb der NATO ist nicht besonders gut - der jüngste Konflikt zwischen den beiden NATO-Mitgliedsstaaten Griechenland und Türkei ist ein Beispiel. Können Sie angesichts dieser Verhältnisse bitte die Zukunftsaussichten der EG und die weiteren Aufgaben der NATO erläutern?

Antwort:

Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland stützt sich auf ihre NATO-Mitgliedschaft. Aufgrund der amerikanischen Verpflichtung in Europa wird der Erfolg dieses Bündnisses gegenüber uns und anderen europäischen Mitgliedsstaaten sichergestellt. Ohne diese Verpflichtung ist kein Machtgleichgewicht auf unserem Kontinent möglich. Wenn es auch innerhalb des Bündnisses Meinungsverschiedenheiten gibt oder zwischen den Mitgliedsstaaten ein offener Konflikt zustande kommt, wie im Falle Zyperns, bleibt das gemeinsame Interesse hinsichtlich der kollektiven Sicherheit immer noch die Grundlage. Dies wird vom Bündnis in der "atlantischen Deklaration" neu bestätigt. Diese Erklärung wurde von den Staatsoberhäuptern und den Regierungschefs Ende Juni in Brüssel unterzeichnet. Die Entwicklung zur europäischen Einigung ist das höchste politische Ziel der Bundesrepublik Deutschland. Nur durch die Einigung kann Westeuropa seine politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufgaben verwirklichen sowie die Unabhängigkeit und den Frieden wahren. Obwohl es in der Vergangenheit einige Schwierigkeiten gegeben hat, machen wir jetzt doch Fortschritte. Die neun Staaten haben schon mehrmals ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt, einen gemeinsamen Standpunkt in der Außenpolitik zu entwickeln und durchzuführen. In letzter Zeit hat sich der Erfolg gezeigt und den Betroffenen gedient. Dies läßt uns hoffen, daß die neun Staaten allmählich mit Erfolg ein geeintes Europa gründen werden. Ein geeintes Europa ist nur unter dem Schild der NATO zu erreichen. Soweit wir heute sehen, kann Europa, auch wenn es eines Tages geeint ist, nicht auf diesen Schutz verzichten.

Frage:

Neulich hat die militärische Konfrontation zwischen Griechenland und der Türkei infolge des politischen Umsturzes auf Zypern die westliche Welt erschüttert. Viele Leute halten dies für ein tatsächliches Beispiel der großen Unruhe in der Welt. Überall in der Welt können sich Konflikte ereignen und große Folgewirkungen hervorrufen. Manche haben das Gefühl, daß die Konfrontation der beiden Supermächte jederzeit die Lage in der Welt verschlechtern könne. Von einer echten "Entspannung" sei nicht die Rede. Wollen Sie sich zu diesem Gesichtspunkt äußern?

Antwort:

Der Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei ist weit zurückzuführen auf die historischen Beziehungen. Im engeren Sinne gesprochen, ist die Zypern-Frage in den letzten 20 Jahren schon mehrmals zum Siedepunkt gekommen. Deshalb möchte ich die Vorfälle, die sich neulich in diesem Gebiet ereignet haben, nicht als ein Anzeichen dafür werten, daß wir uns jetzt in einer Phase großer Unruhen in der Welt befinden. In vieler Hinsicht ist die Zypern-Krise vielmehr ein traditioneller nationaler Konflikt, wie in der Vergangenheit, als eine Form der Konfrontation zwischen den Supermächten.